Neoliberalismus, Eurokrise und Rechtspopulismus

Schon bei der Herausbildung der globalisierungskritischen Bewegung am Ende der 1990er Jahre wurde deutlich, dass eine soziale, politische, ökonomische wie kulturelle Kritik nicht automatisch emanzipatorisch sein muss. Die in einfachen Parolen verpackte Kritik an herrschenden „Zuständen“, der „Globalisierung“ oder der „Entmachtung der Politik durch den Markt“ findet sich fast deckungsgleich im politischen Spektrum von links bis weit rechts. Ebenso lässt sich der bekannte Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ aus der rechten Ecke vortragen und über die Zeit gab es auch praktisch immer wieder solche Versuche. Und nicht zu vergessen: ein ähnlicher Anspruch unterliegt dem Neoliberalismus, der seinerseits eine „andere Welt“ erschaffen will. Selbstverständlich sind die Vorstellungen über die „andere Welt“ und die Mittel und Ziele, sie zu erreichen, vollkommen verschieden. Es bleibt also richtig, dass sich ATTAC mit der Gründung klar nach rechts abgrenzte und nationalistische, antisemitische, rassistische und sexistische Positionen verurteilt und ausschließt.

Wichtig bleibt diese Abgrenzung bis heute aus drei entscheidenden Gründen: *Erstens* haben Parteien und Gruppierungen bis weit in die extreme Rechte und das rechtspopulistische Lager ihre eigene Kritik an der Globalisierung, den Finanzmärkten, am „angelsächsischen“ Kapitalismus, der Konzernherrschaft, der Europäischen Union uvm. stetig ausgebaut und vorgetragen. Mehr oder weniger erfolgreich nutzten sie so u.a. die öffentliche Aufmerksamkeit für die globalisierungskritische Bewegung für eigene Zwecke und ihre bessere Positionierung. Parallel dazu gab es in ganz Europa immer wieder auch Versuche aus dem Lager der extremen Rechten, die globalisierungskritische Bewegung direkt personell zu unterwandern, Querfrontstrategien zu fördern oder die Bewegung für sich zu vereinnahmen. *Zweitens* findet sich in allen sozialen Bewegungen ein vielfältiges Meinungsspektrum. Die Beteiligten haben unterschiedliche Zugänge, Sichtweisen und geben deshalb verschiedene Antworten auf gesellschaftliche Fragen. Folglich ist eine ständige inhaltliche Profilierung und kritische Reflexion der eigenen Positionen u.a. bezüglich der Anschlussfähigkeit an anti-emanzipatorische Argumente, deren Sprachbilder und öffentliche Kampagnen geboten. Schließlich ist *drittens* ein zentraler Bezugspunkt von ATTAC die Pluralität, um sinnlose Abgrenzungsrituale und die politische Zersplitterung der sozialen Bewegungen zu überwinden. Unterschiedliche Ansätze und Antworten zu haben ist also Konstitutionsprinzip, mit allen daraus resultierenden Schwierigkeiten für die eigene Strategiebildung, die effiziente Organisation und Darstellung nach innen und außen.

Debatten der extremen Rechten im Wandel der Zeit

Nun kann Pluralität nicht heißen, dass alle analytischen Ansätze und Positionen gleichwertig sind, unkritisch nebeneinander stehen und bestehen können. Ebenso reicht der Verweis auf den Grundkonsens zur Ablehnung rechter Positionen in und von ATTAC allein nicht aus, um eine Entscheidung treffen zu können, etwa darüber, welche argumentative Stoßrichtung eine Kampagne haben sollte, welche Bündnisse eingegangen werden, wo und wie publiziert und die Öffentlichkeit gesucht und mobilisiert wird. Warum? *Erstens* haben sich Programmatik und Form der extremen Rechten in Deutschland wie in Europa stetig gewandelt. Das Spektrum lässt sich nicht auf „dumpfe" Schläger, Skinheads, Hooligans oder militante bis terroristische Gruppen reduzieren, die klar nationalistisch, rassistisch und antisemitisch auftreten. Entsprechend sind die Argumente im rechtsextremen Spektrum subtiler, die Grenzen zu autoritär-konservativen wie neoliberal-darwinistischen Strömungen sind mit der Zeit flexibler geworden. Schließlich sind unzählige rechtspopulistische Think Tanks, Initiativen und Parteien entstanden, die moderater und zeitgemäßer argumentiert.

Zweitens hat sich das politische Diskussionsklima in den letzten Jahrzehnten verschoben. Trotz partieller Erfolge von ATTAC und anderer sozialer Bewegungen, der Gewerkschaften und linker Parteien bei Wahlen lässt sich dieser Wandel überall in Europa ausmachen: Der offenkundigste Ausdruck der Rechtsverschiebung sind eine Vielzahl von Regierungen (Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Dänemark, Ungarn), die seit den 1990er Jahren unter Beteiligung oder Führung rechtspopulistischer, rechtsextremer bis neofaschistischer Parteien gebildet werden konnten. Auch wenn es in Deutschland bei der Regierungsbildung so etwas bisher nicht gab, besteht kein Anlass die Situation zu beschönigen: Zu erinnern ist nur an die Erfolge der Republikaner, der „Schill-Partei", der DVU und NPD bei Landtagswahlen, an unzählige „Bürgerinitiativen" aus dem konservativen bis rechtspopulistischen Bereich (Bürgerkonvent, Pro Deutschland, Pro NRW…), an die „national befreiten Zonen" in verschiedenen Bundesländern und andauernde gewalttätige Übergriffe bis hin zum offenen Rechtsterrorismus einer NSU.

Programme wie Texte der Parteien und Gruppen aus dem Spektrum der extremen Rechten sind oft frei von eindeutig identifizierbarem Vokabular. Den rassistischen Blut- und Boden-Stereotypen werden etwa aktualisierte Begründungen an die Seite gestellt oder sie wurden ersetzt, indem vormals rassistische Unterschiede seither an der Kultur und der Religion festgemacht werden. Sei es als regionale, kulturelle Unterschiede in Europa oder, indem das Bild des Kulturkampfes zwischen dem christlichen Europa und dem fremden Islam bemüht wird. Auch der moderne Sozialdarwinismus bedarf zur Argumentation nicht erst seit der Hetzschrift eines Thilo Sarrazin lange keines Diktators und keines Verweises auf die Eugenik mehr. Er kommt vielmehr sehr oft in neoliberaler Verpackung daher, in dem Markt und

Wettbewerb für die soziale Selektion sorgen und letztlich bestimmen, was nützlich und was schädlich ist bzw. was „wir“ uns leisten können. Das Versagen im nationalen, europäischen wie im globalen Konkurrenzkampf lässt sich so auf die individuelle Leistungsverweigerung (faul gegen tüchtig; Leistungselite gegen Schmarotzer/Parasiten) zurückführen und wird zudem an schädlichen sozioökonomischen Strukturen (meist der Sozialstaat) oder dem Zentralismus der EU festgemacht. Letzerer galt im Spektrum der extremen Rechten immer als Ausgeburt von Fremdherrschaft, welche die produktiven Kräfte der Nation, des gemeinsamen Kulturraums gelähmt und nur Faulheit, Hedonismus sowie kulturelle Verwahrlosung gefördert habe.

Der Neoliberalismus hat nun u.a. inhaltlich den Boden für diese seit den 1980er Jahren zu beobachtende politische Verschiebung und die bisweilen regressiven Debatten bereitet. In jeder Krise kommt dessen autoritärer Charakter unverblümt zum Zug, der sich von Beginn an im Rückbau des Sozialstaates und dem Abbau sozialer, demokratischer Rechte ausdrückt. Unter der übergeordneten Klammer der Verwirklichung von individueller Freiheit (der vermeintlich positiven Botschaft) steht das Ziel nach weitgehender Vermarktlichung aller Lebensbereiche, während auf theoretischer Ebene die Grundsätze der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) zu einem negativen Begriff von Individualität umgedeutet werden, der heute in weiten Teilen gesellschaftsfähig geworden ist. Ein primär ökonomischer Individualismus, der gegen vermeintlich sozial bornierte Vorstellungen eines solidarischen Miteinanders freier Individuen in einer aufgeklärten Gesellschaft polemisiert. In dieser Folge ließen sich u.a. ohne große, dauerhafte Massenproteste zahlreiche Änderungen der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Fiskalpolitik und Reformen durchsetzen, ohne die Deregulierung und Flexibilisierung nie auskommen. Bei aller Rede von Freiheit, Wettbewerb und weniger Staat/Politik ist der neoliberale Wettbewerbsstaat stets ein „starker Staat“. Er nimmt zur Durchsetzung von Markt und Wettbewerb aber andere Aufgaben wahr als jedes emanzipatorische Gemeinwesen, über dessen staatliche Institutionen soziale, demokratische und ökonomische Rechte für alle Bürger organisiert werden. Und in diesen Veränderungen setzen sich eben unterschiedliche Interessen durch, andere Interessen fallen herunter oder werden als weniger wichtig zurückgestellt.

Vor diesem Hintergrund bleibt es weitgehend unzureichend, etwa den „guten“ rheinischen Kapitalismus/die soziale Marktwirtschaft gegen den „bösen“ angelsächsischen Kapitalismus und/oder die „guten“ nationalen Lösungen gegen die antidemokratische EU-Bürokratie in Stellung bringen zu wollen. Antidemokratische, antisoziale und autoritäre Elemente finden sich auf allen Ebenen (Kommune, Region, Nation, EU). Für soziale, demokratische Rechte und ökonomische Teilhabe zu streiten, funktioniert auch deshalb ganz ohne eine moralische Gegenüberstellung der Institutionen und Ebenen oder deren Überhöhung in einem scheinbar

objektiven Vergleich. Die Anrufung des „Staates“ und/oder der „Politik“ als vermeintlich moralisch übergeordnete Instanz, losgelöst von konkreten Subjekten, die eben diesen Staat und die Politik prägen und Träger ökonomischer Interessen sind, ist ebenso ein genuines Bild aus dem rechten politischen Spektrum. Bestenfalls ist die Übernahme solcher Bilder und Botschaften, ohne nach dem tatsächlichen Gehalt und der Zielstellung dieser „Politik“ und der Beteiligung aller Menschen zu fragen, für eine emanzipatorische soziale Bewegung naiv. Schlimmstenfalls ergibt sich – bewusst oder unbewusst – die relativ harmlos daherkommende, aber eben sehr leichte Anschlussfähigkeit an Debatten im politischen Spektrum moderner rechter Parteien, Gruppen und Bewegungen.

Eurokrise als Katalysator des Rechtspopulismus

Eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den politischen Positionen der extremen Rechten und eine Klärung der eigenen Standpunkte und Strategie wird für ATTAC notwendiger, da im Zuge der Zuspitzung der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 eben auch die Kritik aus der konservativen bis rechtsextremen Ecke immer schriller wird. ATTAC steht damit vor ganz besonderen Herausforderungen: *Einerseits* sind die seit Jahren vorgetragenen Analysen zum Krisenpotential der herrschenden Politik weitgehend zutreffend gewesen und heute fast schon Allgemeingut. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat ATTAC in vielen Punkten bestätigt. Zugleich zeigt sich aber, wie wenig die „richtige“ Analyse und gute Forderungen reichen, um eine bessere Welt zu ermöglichen. Die globalisierungskritische Bewegung stagniert, ohne dass es eine alternative soziale Bewegung mit dauerhafter Kraft gebe. D.h. es fehlt in Europa in weiten Teilen schlicht an einer breiten gesellschaftlichen Bewegung und damit an aufgeklärten, solidarischen Individuen, die in der Breite den relativ stabilen und flexiblen neoliberalen Konsens konkret in die Enge treiben könnten. Hier geht es ATTAC nicht anders als den Gewerkschaften und vielen „linken“ Parteien.

Andererseits wächst seit 2007 die öffentliche Kritik an den Verhältnissen durchaus. Parallel mit diesem Krisendiskurs wachsen aber auch die Angst vor kommenden Entwicklungen und die Verwirrung bei vielen Menschen, die die Situation längst nicht mehr begreifen können. Aber wie soll etwa der normale Beobachter auch verstehen und einordnen, dass strikte Verfechter von „Markt“, Standortlogik und Wettbewerb sofort alle Grundsätze vergessen, um die marode Struktur des Finanzsektors mit massiven Interventionen und Subventionen zu stabilisieren. Selbst unzählige „Experten“ präsentieren wortreich nur ihre eigene Hilflosigkeit und sondern altbekannte Phrasen ab. Gleichzeitig wird der Öffentlichkeit in den Medien, von führenden Parteienvertretern, Journalisten und genau diesen Experten die Machtlosigkeit von Politik und Alternativlosigkeit der Handlungen erklärt und behauptet, die systemische Krise sei Folge der gierigen Durchsetzung von Einzelinteressen, von Korruption, Faulheit,

Betrug und Ineffizienz. Gemeint sind aber meist nicht die „Leistungseliten“ oder Finanzakteure selbst, sondern die Bevölkerung in den Krisenländern.

In einem unsäglichen Schauspiel „wir“ gegen „die anderen“ werden entscheidende Ursachen der Krise und die Verursacher in Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Medien verschwiegen. Ebenso resultieren aus diesen Debatten kein signifikantes emanzipatorisches Handeln oder zumindest eine Selbstkritik der Verantwortlichen und ihre Abkehr von den hergebrachten Politikmustern. Stattdessen werden mit Hetze und Häme nationale Ressentiments geschürt, der Wunsch nach harten Strafen und Einschnitten bedient und die absolute Unzulänglichkeit nationaler wie europäischer Politik verdeckt. Die noch zu Beginn der jüngsten Zuspitzung für Portugal, Irland, Griechenland, Spanien gebrauchte Abkürzung PIGS wurde in diesem Sinne mit Schweine (engl. *pigs*) übersetzt, was der öffentlich vermittelten Gefühlslage entsprach: Die „südlichen Faulpelze“ haben sich in den Euroraum getrickst. Sie konsumieren auf Pump als wenn es kein Morgen gebe und halten sich schadlos an den fleißigen Nordländern – allen voran am sparsamen und wettbewerbsfähigen Deutschland – und zerstören die an und für sich gute EU und gefährden den EURO. Mit der Zuspitzung der Krise wurde die Abkürzung PIGS zwar hinfällig. Die Ressentiments und offene bis unterschwellige Hetze blieben aber unverändert und können problemlos bei Bedarf neu geschürt und instrumentalisiert werden.

In diesem Kontext wird bis in die Feuilletons liberal-konservativer Zeitungen und die mediale Berichterstattung sogar Kapitalismuskritik salonfähig. Praktisch hat aber dieses „Murren“ bisher keine Konsequenz, sondern dient mehr der Ablenkung, intellektuellen Irreführung und medialen Lust am Spektakel. Dagegen hält die offizielle Politik streng Kurs: Spardiktate, der forcierte Abbau von sozialen und demokratischen Rechten wie das autoritäre Auftreten und Handeln werden zum Markenzeichen nationaler Regierungen und der EU Kommission. Die Rede von der „marktkonformen Demokratie“ bringt das herrschende Verständnis auf den Punkt. Die Vertreter der alternativlosen Doktrin in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien geraten lediglich angesichts der in der Praxis notwendigen Kriseninterventionen und offenkundigen Wirkungslosigkeit ihrer „Lösungen“ in offenen Streit. Aber auch dies ist oft kein grundsätzlicher Dissens über Ziel und Richtung der Reformen, sondern meist nur ein Streit über die jeweils präferierten Maßnahmen und ihre zeitliche Sequenz.

Zusehends wird die europäische Integration der letzten Jahrzehnte von wachsenden Teilen der „Elite“ heute nachdrücklich in Frage gestellt. Problematisiert wird aber nicht die stetige Aushöhlung demokratischer und solidarischer Prinzipien in der Integration selbst, die in der Vergangenheit berechtigte Kritik und Protest an den europäischen Institutionen erzeugte. Denn die bis dato in weiten Teilen als ein Elitenprojekt konstruierte europäische Integration hat primär ökonomischen Zwecken gedient und so sind die Interessen starker ökonomischer Akteure (Unternehmen, Finanzdienstleister, Vermögende) von den Regierenden und der

europäischen Bürokratie stets zuvorkommend bedient worden. Die neoliberale Konstruktion des europäischen Binnenmarktes, die Aktionsfreiheit dieser Akteure und schließlich als „Krönung“ die Konstruktion eines gemeinsamen Währungsraumes im strikt monetaristischen Rahmen hat deshalb immer den Wettbewerb nach innen intensiviert und die sozialen Bedingungen für wachsende Teile der Bevölkerung verschlechtert. So sollte dieses Europa als einer der innovativsten, mächtigsten Wirtschaftsblöcke entstehen und im globalen Wettbewerb bestehen. Der Ansatz war von Anbeginn weder ökologisch-sozial noch ökonomisch auf Dauer tragfähig und gerät aktuell im Umfeld der systemischen Finanz- und Wirtschaftskrise an seine klaren Grenzen.

Wir stehen also in Europa vor einer historischen Konstellation, in der *erstens* das Versagen von Politik, „Eliten“ und weiten Teilen der Medien seit 2007 für jeden/jede offenkundig ist. Weder sind diese Akteure in der Lage, eine zutreffende Interpretation der tiefgreifenden Probleme jenseits alter ideologischer Pfade zu liefern, noch werden von ihnen ökonomisch rationale, effektive und sozial ausgewogene Lösungen formuliert oder gar umgesetzt. Zugleich mangelt es *zweitens* in allen europäischen Gesellschaften an einer wirkungsvollen sozialen Bewegung, die in der Breite ihre Alternative zur herrschenden Logik und den sozioökonomisch wie demokratisch kontraproduktiven „Reformen“ formulieren und so auch die herrschende Politik herausfordern könnte. Eine wirkungsvolle Gegenmacht gibt es aktuell nicht. Sie lässt sich auch nicht einfach herbeizaubern. *Drittens* hat die Mehrheit der deutschen Bevölkerung (aber auch in vielen anderen Nationen) an einer solidarischen, emanzipatorischen Kritik bisher kein ernsthaftes Interesse gezeigt. In der Regel treffen auch deshalb vereinfachte und mit Ressentiments aufgeladene Botschaften bei vielen Menschen auf breite Zustimmung, entsprechen sie doch ihrem Alltagsverständnis. So richtig also jeder Hinweis auf den medialen Einheitsbrei und die in Kampagnenform ausgereichte Meinung ist, so wenig hinreichend wäre allein der bessere Zugang zu den Massenmedien, ein veränderter Diskurs und das bessere Argument. Auch hier gilt, dass Politik eben die Organisation von Interessen ist und um ein altes Bonmot Warren Buffets aus den späten 1990er Jahren aufzugreifen: „Es ist Klassenkampf und meine Klasse gewinnt.“ Auch wenn man die Diktion „Klasse“ ablehnt, der inhaltliche Kern bleibt auch im Jahr 2012 richtig.

Selbstkritische Analyse von Positionen und Strategie

Vor diesem Hintergrund reichen einfache Parolen wie hysterische Übertreibungen (etwa der Vergleich der Gesetzgebung zum EFSF/ESM mit dem Ermächtigungsgesetz der 1930er Jahre) für eine kurze mediale Aufmerksamkeit. Sie verbieten sich aber nicht nur kategorisch aus historischen Gründen, sondern sind meist falsch und werden der Sache nicht gerecht. Die aktuelle „Gesetzgebung“ und „Entmachtung“ der offiziellen Politik auf europäischer wie

nationaler Ebene ist meilenweit davon entfernt, der Lebenssituation in einer faschistischen, menschenverachtenden und tödlichen Diktatur vergleichbar zu sein. Darüber hinaus beinhaltet ein solcher Ansatz immer die Gefahr, bei weiterer Zuspitzung der Krise schriller und hysterischer auftreten zu müssen und sich vollends lächerlich zu machen oder eben von den gleichen Medien vorführen zu lassen, die gestern noch aus eigenen Interessen nach Schlagzeilen sehr verständnisvoll waren. Schließlich werden darüber immer auch Personen und Gruppen angelockt oder ihnen mehr Bedeutung eingeräumt, mit denen man ansonsten nichts gemein hat als eine oberflächliche Kritik an „der Politik“ und „den Zuständen“. Ob man die reaktionären Geister, die man für einen unsäglichen Hype rief, bei Bedarf wieder los wird, ist stark zu bezweifeln.

Wie angemerkt, lassen sich besonders in einem Umfeld fundamentaler politischer und soziökonomischer Krise, in der vage Ängste, Hoffnungen und Erwartungen nach Lösungen in der Bevölkerung groß sind, völlig unterschiedliche Formen von Kritik formulieren, die oft mit Emanzipation, Aufklärung und sozialer Gerechtigkeit wenig gemein haben. Es ist deshalb nachdrücklich zu warnen, unbesehen und unüberlegt jeden Slogan für die Außendarstellung zu verwenden. Ebenso sind bei allem Respekt und aller Toleranz inhaltliche Grenzlinien für die eigene Argumentation und Schwerpunktsetzung auf der Höhe der Zeit zu formulieren, sie sind stetig zu prüfen und die eigenen inhaltlichen Positionen sind zu qualifizieren. Schließlich sind vor Auftritten, Publikationen und Kampagnen im Vorfeld entsprechende Informationen über potentielle Partner, deren Zielsetzung und Organisation zu sichten und bewerten. Im Zeitalter des Internets sind solche Informationen schnell und leicht zu beschaffen.

Diese Aufgabe wird umso notwendiger, da durch die jahrzehntelange Reformpropaganda und hohe Akzeptanz vieler neoliberaler Vorstellungen deren gesellschaftszersetzender Charakter weit verbreitet ist. Damit ist die Anschlussfähigkeit moderner rechter Diskurse bis in die Mitte der Gesellschaft stark ausgeweitet worden. Wer dies abstreitet, sollte sich den Aufstieg verschiedener Parteien aus genau diesem Spektrum, die Regierungsbildung und inhaltliche Schnittmengen zwischen etablierten konservativen, liberalen und rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien genau ansehen. Es ist bisher auch nicht ausgemacht, wie sich etwa das Parteienspektrum und der politische Diskurs in Deutschland verändert, sollte sich die Eurokrise zuspitzen, der gemeinsame Währungsraum zerbrechen und damit die Fragen nach der Schuld an der Misere und der Kostenübernahme (die in jedem Fall kommen wird) auf einem völlig anderen Niveau stellen werden.

Aber bereits der Rückblick zeigt, dass die politische Rechte nicht immer klar nationalistisch, rassistisch und antisemitisch auftritt und so muss jeder Lackmustest versagen, wenn allein damit die Abgrenzung vorgenommen werden soll. Vielmehr sind die Argumentationen differenziert zu prüfen und die Anschlussfähigkeit eigener Positionen an extrem rechte

Diskurse, Netzwerke und potentielle Bündnispartner gleichfalls in den Blick zu nehmen. Es soll hier keiner Paranoia oder wenig hilfreichen Denkverboten das Wort geredet werden, die bereits in und um ATTAC zur Denunziation geführt haben. Beispielsweise wenn die Beschäftigung mit Finanzmarktfragen als Ausdruck latenten, strukturellen Antisemitismus gedeutet wird oder selbst die analytische Trennung unterschiedlicher Akkumulationsebenen (zwischen industriellem und finanziellem Kapital) und Akteure im Vorwurf gipfelt, hier würde stets nur in „gutes und böses“ Kapital getrennt. Eine solche Haltung ist absurd und verhindert jede zeitgemäße kritische, sozioökonomische Analyse und verbietet quasi die Suche nach konkreten politischen Alternativen hier und heute – jenseits der totalen und sofortigen Überwindung des Kapitalismus. Letztlich werden so die gesellschaftliche Regression befördert und der extremen Rechten sowie den konservativen, wirtschaftsliberalen Kreisen wird die Deutungshoheit über Analyse, Begriffe und Gestaltungsmacht überlassen.

Dessen ungeachtet sind über die klare Grenzziehung von ATTAC gegenüber der extremen Rechten hinaus folgende Punkte zu beachten:

1. Die mögliche Breite eines Bündnisses für Kampagnen, Aufrufe und Aktionen kann nicht ausschlaggebend für die Beteiligung sein. In jeder Krise werden auch Querfrontstrategien über alle politischen Lager propagiert. Aber es bleibt essentiell zu klären, was angesichts der skizzierten Entwicklungen anti-emanzipatorisch, anti-demokratisch und anti-sozial konkret heißt und welche Bündnisse ATTAC schädigen und in eine Sackgasse führen können.

2. Es sind Gruppierungen, Strukturen und Personen im rechten politischen Lager im Blick zu halten und es ist zumindest bei Bündnissen, Aufrufen und Publikationen zu recherchieren, welche inhaltlichen Positionen, Vorstellungen und Forderungen hinter allgemeinen Parolen und Aufrufen stehen. Angesichts der Möglichkeiten des Internets und der Vernetzung sind solche kurzen „Checklisten“ mit wenig Aufwand vorab zu bearbeiten und niemand sollte sich am Ende damit heraus reden können, er/sie habe nicht gewusst, worauf er/sie sich einlässt.

3. Es ist die eigene inhaltliche Positionierung von ATTAC zu schärfen und vor allem sind trotz der angemerkten Schwierigkeiten der eigenen Struktur und gesellschaftlichen Debatte die strategischen Leerstellen zu füllen. Aktuell etwa bei der Positionierung in der Eurokrise.

4. Ebenso sind übertrieben moralische Anrufungen an „den Staat“ und „die Politik“ zu vermeiden und kritische Distanz ohne paranoide Abgrenzung zu pflegen. Die Analysen und Forderungen sind klar in der Sache vorzutragen und wenig hilfreiche Gegenüberstellungen und moralische Überhöhungen sind zu vermeiden: hier die vermeintlich guten kleinen und mittelständischen Unternehmen, dort die Großkonzerne; hier die nationale Politik, dort die Eurokratie; hier die böse und dominante Ökonomie, dort die machtlose Politik; hier die Globalisierung, dort die einfache, kleinteilige Volkswirtschaft; hier die Zinsknechtschaft, dort

das produktive Kapital mit Schwundgeld. Nicht nur agiert in dieser Dialektik immer auch das rechte politische Lager. Zugleich wird eine solche Zuspitzung den sozialen, ökonomischen, politischen, kulturellen Anforderungen und sozialen Konflikten niemals gerecht und gibt vor, einfache Lösungen komplexer Probleme zu haben. Am Ende wird so meist nur Enttäuschung produziert und damit wird man der langfristigen Arbeit an einer umfassenden Transformation für eine andere, sozialere und bessere Welt für alle nie gerecht.

Dr. Christian Christen, Prof. Dr. Elmar Altvater, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, PD Dr. Ralf Ptak, Dr. Werner Rügemer und Dr. Thomas Sablowski.